für die parlamentarische Regierung mit dem Programm des „weißen Friedens“ und der sofortigen Neuordnung vorhanden ist.

Die **meisten Schwierigkeiten technischer Art bereitet der Uebergang zum Parlamentarismus**, weil ein verantwortliches Reichsministerium den Bundesrat sachlich ausschalten und damit die deutschen Einzelstaaten ihres Einflusses auf die Führung der Reichsgeschäfte berauben würde. Das bedingte entweder umfangreiche Verfassungsänderungen, die durch den Widerspruch von 14 Stimmen im Bundesrat geworfen werden könnten — und diese 14 Stimmen finden sich. Oder die Parlamentarisierung besteht nur als Kriegsmaßnahme in der Uebertragung einiger wichtiger Reichsämter an Parteiführer — dann kann nach dem Krieg wieder alles in den alten Zustand der Einflußlosigkeit des Volkes zurücksinken. Aus diesem peinlichen Dilemma sucht man einen Ausweg durch Bildung eines Staatsrats von etwa 15 Parteiführern, der in täglicher Arbeit mit der Reichsleitung den Einfluß des Volkes auf die Reichsgeschäfte zur Geltung bringen soll. Als Zwischenstufe und Uebergangszustand ließe sich davon reden, wenn dieser Staatsrat mit so weitgehenden Rechten ausgestattet wird, daß er wirklich die Entscheidung über die großen politischen Aktionen des Reiches in Händen hat.

Aller Wahrscheinlichkeit nach bleibt dann Herr v. Bethmann-Hollweg im Amt. Gerettet hat ihn die Wut, mit der die Alldeutschen ihn zu stürzen suchten, um den Fürsten Bülow oder irgendeinen General an seine Stelle zu bringen. **War erst Bethmann fort, dann** hofften sie, den Kaiser doch noch dazu zu bringen, daß er in die Richtung des Eroberungskrieges und des innerpolitischen Stillstandes einlenke. So ist Bethmann, was er ja in einem gewissen Grade schon immer war, der Bannerträger des Kampfes gegen die alldeutschen Eroberungspolitiker geworden, und im Zeichen dieses Kampfes steht ja der ganze Vorstoß des Reichstages. Erkennt Bethmann, was die Stunde von ihm fordert, stützt er sich entschieden auf die Linke und bekennt er ein klares Programm, dann dürfte die Krise in der dargestellten Art endigen.

Das Berliner Tageblatt

teilt folgendes mit:

Die **Vertreter der Fraktionen sind mit ihren Besprechungen fertig.** Der **Wortlaut der Friedenskundgebung ist festgestellt, und die** Mehrheit scheint entschlossen zu sein, **auch ohne die Nationalliberalen** ihren Weg fortzusetzen, da für die geplante Aktion auch so eine Mehrheit vorhanden ist. Diese Mehrheit dürfte sogar eine sehr stattliche werden, da mit dem Anschluß eines Teiles der Deutschen Fraktion (in Frage kommen hauptsächlich die christlichen Gewerkschaften), sowie der Polen, Elsässer, Dänen und Welfen gerechnet werden kann. Uebrigens dürften auch etwa fünfzehn Mitglieder der Nationalliberalen mit den Mehrheitsparteien stimmen. Es bestätigt sich, daß die von dem interfraktionellen Ausschuß verfaßte Friedensresolution den Hauptausschuß nicht beschäftigen, sondern als Antrag sofort an das Plenum gebracht und zur namentlichen Abstimmung gestellt werden soll.

•

Die bayrische Regierung und das parlamentarische System.

Die Bayerische Staatszeitung veröffentlicht unterm 11. Juli, abends, an leitender Stelle einen Artikel, der sich mit der Neugestaltung des Reiches beschäftigt. Der Aufsatz lehnt schroff die **Einrichtungen verantwortlicher Ministerien im Deutschen Reich ab, und** zwar in einer unklaren Berufung auf Bismarcksche Grundsätze. Er gipfelt in folgendem, durch Sperrdruck hervorgehobenem Satze: „Ein solcher Eingriff in die Grundlagen des bundesstaatlichen Charakters des Deutschen Reiches würde dessen Bestand aufs schwerste gefährden und muß daher auf das entschiedenste als unannehmbar von vornherein abgelehnt werden!“

•

Die Absetzung der Kreditvorlage.

Eine Atempause kann, so wird uns geschrieben, das Stocken der parlamentarischen Geschäfte schon nicht mehr genannt werden. Aber Hast wäre unziemlich, wenn es sich um große Dinge handelt und so will auch die Volksvertretung dem Reichskanzler und dem Kaiser es nicht verargen, wenn sie für ihre Entschlüsse Zeit brauchen. An der ursprünglichen Tagesordnung der Sitzung des Reichstages vom Mittwoch konnte auf keinen Fall festgehalten werden. Die Erörterung der äußeren und inneren Politik und die Kreditvorlage können vernunftgemäß erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Grundlagen dieser Politik feststehen. Die Konservativen versuchten sich in einem demonstrativen Kniff. Sie beantragten die Erledigung der Kreditvorlage am Mittwoch vorzunehmen, weil es patriotisch sei, die Bewilligung von Kreditvorlagen nicht von irgendwelchen Bedingungen abhängig machen zu wollen. Schiedemann und Ebert deckten den Kniff auf und hatten die Lacher auf ihrer Seite, als sie die Konservativen darauf aufmerksam machten, daß sie vor acht Tagen selber die Zurückstellung der Kreditvorlage bis zur Erledigung der Debatte über die äußere und innere Politik beantragt hätten. Nur die Antipoden der Konservativen, die Unabhängigen, leisteten ihnen auch bei dieser Gelegenheit Gefolgschaft. Was Westarp vorbringt, hat Hasse immer für richtig, und zwar im Namen des Prinzips. Wie man mit dieser gänzlich unverständigen Taktik die Massen erobern will, bleibt das Geheimnis der A.-G. Die Kreditvorlage wurde also mit großer Mehrheit abgelehnt und statt dessen zwei kleine Vorlagen glatt erledigt. Die erste behandelte die Gefangenenfürsorge. Hier erklärte sich Genosse Landsberg für unsere Fraktion mit der Tendenz der Vorlage für einverstanden, hielt aber Abänderungen für notwendig. Eine Kommission von 21 Mitgliedern wird sich mit der Vorlage zu befassen haben. Gleichfalls an einen Ausschuß, und zwar an den für Handel und Gewerbe, wurde das Gesetz für die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte verwiesen, das den Reedern Staatshilfe für den Wiederaufbau der Kauffahrteiflotte bewilligen will. Aus der Begründungsrede des Staatssekretärs Dr. Helfferich ist die Tatsache hervorgehoben, daß von den fünf Millionen Tonnen, die die deutsche Handelsflotte vor dem Kriege hatte, über zwei Millionen entweder direkt in feindliche Hand gefallen sind, oder doch stark gefährdet erscheinen. Die Zeitung faßt morgen aus. Am Freitag stehen wiederum unbedeutendere Gegenstände auf der Tagesordnung. Man rechnet jetzt mit Bestimmtheit darauf, daß am Sonnabend die [illegible] Sitzung [illegible]

Die Fassung der Mehrheitskundgebung.

Die Nationalzeitung macht folgende Mitteilungen über den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Mehrheitsparteien:

[illegible] Frieden [illegible] genommen auf die Str[illegible] bei der Kriegserklärung im August 1914 zum Ausdruck brachte, wonach Deutschland keine Absicht [illegible] gegen die Unversehrtheit seines Territoriums [illegible] an der Schwelle des vierten Kriegesjahres, so wird in der Kundgebung ausgeführt, erstrebt die Mehrheit des Reichstages einen **Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.** Solange die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden nicht zugestehen wollen, ist das deutsche Volk und seine Reichstagsvertretung entschlossen, einmütig zusammenzustehen und den Kampf fortzusetzen, bis die Rechte Deutschlands und die seiner Verbündeten gesichert sind. Die genaue Abfassung der einzelnen Wendungen in der Kundgebung werden noch im Mehrheitsausschuß beraten. Grundsätzlich dürften aber wohl kaum wesentliche Aenderungen vorgenommen werden. Als selbstverständlich wird angenommen, daß entweder die zu bildende neue Regierung oder die entsprechend umgewandelte und durch neue Männer zum Teil neu besetzte Regierung dieser Kundgebung vollinhaltlich und bedingungslos beitritt.“

•

Erfundene Sensationsmeldungen.

Die Vossische Zeitung und der Berliner Lokal-Anzeiger suchen die große Verfassungskrise, die gegenwärtig das ganze deutsche Volk bewegt, einfach für die Kanzlerstürzerei zu mißbrauchen. Dazu haben sie eine Fülle von Erfindungen verbreitet, von denen einige bei der Langsamkeit des amtlichen Dementierapparates sogar für wahr gehalten werden mußten.

Erfunden ist also, daß der Reichskanzler im Hauptausschuß gesagt habe, sein Verbleiben im Amt sei aus vaterländischem Interesse notwendig.

Erfunden ist, daß der Kaiser auf Vorschlag des Kanzlers Herrn v. Payer zu sich gebeten habe.

Erfunden ist, daß Erzberger vor seiner Rede in Wien gewesen und von Kaiser Karl empfangen worden sei — was natürlich nicht ausschließt, daß dieser Friedensführer schon wiederholt während des Krieges in Oesterreich war und die Stimmungen im Volk und in den maßgebenden Kreisen unseres wichtigsten Verbündeten genau kennt.

Eine ganz besondere Intrige verknüpft sich mit dem Namen des Herrn v. Loebell, der seit langem an allen Kanzlerstürzereien mitarbeitet, um seinen Meister Bülow und sich selbst in den Vordergrund zu schieben. Neuer Loebell wurde in diesen Tagen der Krise verbreitet, er habe dem Kaiser dringend empfohlen, eine Gesamtdimission aller Staatsminister und Staatssekretäre zu fordern; ein neuer Kanzler und Ministerpräsident werden dann die sofort notwendige Neuordnung mit geringer Mühe durchführen können. Tatsächlich ist Herr v. Loebell der Hauptgegner des gleichen Wahlrechts in Preußen und der wichtigste Vertrauensmann des Rückschritts überhaupt.

Eine mächtige Sensationsente läßt die Vossische Zeitung heute abend neu aufflattern. Sie behauptet, der Vorstand der Zentrumsfraktion habe im Auftrage der Partei dem Kanzler geschrieben, daß man in seinem weiteren Verbleiben im Amt eine Erschwerung der Herbeiführung des Friedens sehe. Ein solcher blauer Brief stünde im Gegensatz zu allen Erklärungen, die das Zentrum bisher öffentlich und in den interfraktionellen Besprechungen abgegeben hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach, hat man es auch hier mit einer ganz reinen Erfindung zu tun.

Krisentage mit rasch wechselnden Entscheidungen sind natürlich dem Entstehen von allerlei Gerüchten besonders günstig. Aber hier handelt es sich offenbar um planmäßig vorbereitete Unwahrheiten, deren Zweck durchsichtig ist. Eine solche Methode der Kanzlerbekämpfung verrät nicht gerade Zutrauen in die Güte der Sache, die man mit so schlechten Waffen verficht.

Ausländische Pressestimmen zur deutschen Krise.

Rotterdam, 11. Juli. Anläßlich der politischen Krise in Deutschland schreibt die Westminster-Gazette: „Der **erste Meilenstein auf dem Wege zum Frieden ist,** daß die Deutschen zu einer gesunden Kritik erwachen und sich auf sich selbst und ihre Regierung besinnen. Wenn solches stattfindet, ist es möglich, daß die Ereignisse schneller vor sich gehen, als augenblicklich möglich erscheint. Falls eine Stimme von hier das deutsche Volk erreicht, so können wir nicht oft genug wiederholen, daß wir den Krieg nur gegen den Preußianismus führen. Wenn wir auch dem deutschen Volke nicht vorschreiben wollen, wie es sich regieren lassen muß, die Garantien, deren wir am Kriegsende bedürfen, würden weit schwerer zu erreichen sein, wenn wir mit einem nichtreformierten Preußen zu unterhandeln hätten, als wenn wir mit einem freien Deutschland, auf das wir vertrauen könnten, sprächen.“

Haag, 11. Juli. Aus London wird berichtet: Daily Mail schreibt: „Was geht in Deutschland vor? Und was bedeuten diese Vorgänge? Sie beantwortet diese Fragen wie folgt: „Wir wissen es nicht und es interessiert uns auch nicht; die Vorgänge im Reichstag und die sogenannte Krisis haben für uns wenig Bedeutung, denn wir wissen, daß die Deutschen Meister darin sind, politische Komödien zu inszenieren und damit die öffentliche Meinung im Ausland zu täuschen. Wir haben Zeit, in aller Ruhe abzuwarten, was sich aus all den gemeldeten Vorgängen ergeben wird.“

Amsterdam, 11. Juli. Die Blätter widmen den Vorgängen im Hauptausschuß des Deutschen Reichstages ausführliche Besprechungen. Sie verhalten sich im ganzen zurückhaltend und abwartend. Das Allg. Handelsbl. schreibt: Es muß eine Entscheidung fallen nach rechts oder nach links. Darauf wartet Deutschland. Der Nieuwe Rotterd. Courant schreibt: Im Augenblick vollzieht sich in **Deutschland eine große Umwälzung.** Sie ist nicht von heute oder gestern, sondern der Folge einer Entwicklung, die schon in Friedenszeiten einsetzte. Nieuwe van den Dag schreibt: Wir warten mit Spannung darauf, was der heutige Tag dem Deutschen Reich bringen wird. Man kann nur raten, in welcher Richtung die Krisis sich lösen wird. Der Maasbode meint: Das Gewitter, das sich über Deutschland zusammengezogen hat, kann in der Atmosphäre des Kriegszustandes, in dem wir leben, eine sehr einschneidende Veränderung hervorbringen und vielleicht mehr Gutes haben, als die wichtigsten militärischen Erfolge.

Haag, 11. Juli. Das Vaterland schreibt über die Bewegung in Deutschland: Diese friedliche politische Umwälzung, die sich so mit einemmal vollzieht, wenn sie auch nicht sehr lange Zeit vorbereitet war, muß von großer Tragweite nicht nur für den inneren Zustand Deutschlands sein, sondern auch für die auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches in der kommenden Zeit.“

Elsaß-Lothringen und die französische Sozialdemokratie.

† **Bern,** 11. Juli. Die Times melden aus Paris: **Der mit der Prüfung der Frage des Nationalitätenprinzipes beauftragte Ausschuß der französischen Sozialisten** hat seine Antwort am 5. d. M. fertiggestellt. Er leitet Frankreich unbestreitbaren Rechtsanspruch auf Elsaß-Lothringen, erklärt sich aber mit Rücksicht auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts aller Völker damit einverstanden, daß die Elsaß-Lothringer über ihr Schicksal durch Volksabstimmung entscheiden. Das Plebiszit soll nach reifem Vorschlage unter der Kontrolle der Gebietsteile der Neutralen in dem dem Friedensschlusse folgenden Jahre stattfinden.

•

Die Kriegsziele der italienischen Interventionisten.

I. K. Die Interventionisten Italiens haben auf einer großen Versammlung in Rom, telegraphisch bejubelt von den Radikalen und Radikal-Sozialisten Frankreichs, wieder einmal ihre nächsten Kriegsziele aufgestellt. In der langen Liste figurieren u. a. Wiederherstellung der überfallenen Gebiete durch die besetzende Macht, Vervollständigung der Länder, von denen, wie im Falle Italiens, Frankreichs und Rumäniens, sich Teile unter fremder Herrschaft befinden, ein Staatenbund gegen die Zentralmächte. Mussolini, einer der Hauptvorkämpfer, telegraphierte aus dem Lazarett, daß die endgültige Internierung aller Deutschen und Beschlagnahme deutschen Vermögens in Italien die allernächste Aufgabe sei. Auf dem Kongreß wurde auch eine neue Formel verkündet, die da heißt: der Imperialismus ist tot: d. h. in Italien, denn was man in Italien bezeichnet, ist natürlich nur die Wiederherstellung eines unbestreitbaren Rechts, über das es überhaupt keine Frage mehr gäbe. Vor lauter Angst, die Volksabstimmungsidee könnte Ernst werden und daher das Recht auf das Trentino und Elsaß-Lothringen etwas zweifelhaft werden, fand man, „daß diese Wiederherstellung des Rechts auch gar nichts mehr mit irgend welchen deutschen oder österreichischen Wahlurnen zu schaffen habe“.

Die Kämpfe bei Stanislau.

Infolge des russischen Vorstoßes bei Stanislau wurden die Truppen der Verbündeten südlich des Dnjestr bis an die Lomnica zurückgenommen. Nach Berliner Mitteilungen war die Gefechtstätigkeit am 10. Juli im allgemeinen geringer. In der Gegend von Stanislau fühlte der Russe nur zögernd an unsere neu eingenommene Linie heran. Er besetzte den geräumten Flecken Halicz. Überraschende Vorstöße in der Gegend von Kosmacz wurden abgewiesen. Das russische Feuer war nur in der Gegend von Brzezany—Konluchy und an der Bahn Lemberg—Brody gegen Abend zeitweise gesteigert. An der übrigen Ostfront hielt sich die feindliche Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen. Nur in der Moldau war das feindliche Feuer lebhafter.

Im Sereth-Bogen bei Corbul und Jundeni schanzt der Gegner eifrig.

Amtlich wird gemeldet: „Russische Soldaten, die bei der großen Offensive in Galizien in Gefangenschaft gerieten, erklärten einstimmig, daß sich die dortige Offensive nur dadurch habe bewerkstelligen lassen, daß man sie glauben machte, die Deutschen hätten an einem anderen Frontabschnitte zuerst den Angriff wieder aufgenommen. Aus diesen Gefangenenaussagen geht zur Genüge hervor, mit welchen Mitteln das demokratische Rußland seine freien Bürger in den Tod treibt.“

•

Die Lebensmittelpolonäsen in Rußland.

I. K. Angelica Balabanow, die bekannte russische Emigrantin, Mitglied des italienischen Parteivorstandes und die Seele der Zimmerwald-Kommission (J. S. K.) erzählt dem Avanti in einem langen, aber von der Zensur stark gekürzten Bericht über die Verhältnisse in Rußland. Die arge Desorganisation auf dem Lebensmittelmarkt und im Transportwesen steht an erster Stelle ihrer Betrachtungen. Ihrer Beschreibung nach sind auch in Rußland die „Polonäsen“ vor den Lebensmittelgeschäften an der Tagesordnung. Nach allen Gegenständen des täglichen Bedarfs wird „gestanden“. So erzählt die Berichterstatterin, daß es vorkommt, daß, um ein Paar Schuhe zu kaufen, man von 3 Uhr morgens bis 11 Uhr vormittags stehen muß, um dann einen Ausweisschein zu erhalten, auf Grund dessen man im Verlauf der nächsten 4 bis 6 Wochen ein Paar Schuhe bekommen kann. Ganz schlimm ist das Stehen nach Eisenbahnfahrkarten; man muß tagelang stehen, um überhaupt reisen zu können, und den Berichte auf den russischen Trambahnen schildert die Balabanow als geradezu lebensgefährlich. Wo früher 20 bis 25 Personen befördert wurden, drängen sich nun unter Kampf und Streit etwa 100 bis 120 Passagiere zusammen, die so eng gepreßt stehen, daß das Herauskommen fast ebenso unmöglich ist wie das Hineinkommen.

Der reichlich anekdotisch gehaltene Bericht gibt leider wenig Aufschluß über die wichtigen großen Fragen der russischen Politik, die der italienischen Partei zu übermitteln A. Balabanow die Berufenste wäre. Sie erwähnt nur, wie frostig sie den früheren Zimmerwaldgenossen, heutigen Ackerbauminister Tschernow begrüßte, der sie und Grimm sogar eigens auf dem Bahnhof zu begrüßen erschien, und erklärt die Teilnahme der Zimmerwalder an der Regierung für einen großen Fehler. In den vielerlei Gruppen und Schattierungen innerhalb des russischen Sozialismus sind nun, wie dem Brief zu entnehmen ist, noch die „Choronski“ gekommen — Zimmerwalder, die für die „Landesverteidigung zu revolutionären Zwecken“ sind und die „Tschernowzen“, die das Zimmerwaldprogramm mit der Teilnahme an der Regierung in Einklang bringen wollen.

•

Russischer Heeresbericht vom 9. Juli. Westfront: In der Richtung Mitau bis östlich Graesnau gegenseitige Artillerietätigkeit. In Richtung Tarnopol griffen am 8. Juli gegen Mittag die Truppen des Generals Kornilow nach Artillerievorbereitung die befestigten feindlichen Stellungen westlich von Stanislau auf der Front Zamarstynow—Jagwod an. Nachdem sie die vorgeschobene Aufstellung des Feindes durchgebrochen hatten, drangen unsere Truppen [illegible] vor und bemächtigten sich der Stadt Jezupol und der Orte [illegible] Kawelitsche und Kuttis sowie der Station Uniesz. Kavallerie, die zur Verfolgung des zurückweichenden Feindes angesetzt wurde, erreichte den Dnjestr-Bach. Die Beutebeute des Tages beträgt 131 Offiziere, 7000 Soldaten, 48 Geschütze, darunter 12 schwere, und viele Maschinengewehre. Rumänische Front: Der Tage ist [illegible] unter dem Feuer der Türken aufgegeben

•

Russischer Heeresbericht vom 10. Juli. [illegible]